



# Info

## „Zukunftssichere Landesverwaltung“ – Flugblatt 3 v. 10. Mai 2013

### Alterns- und altersgerechte Arbeitsplätze

Dies war das zweite in der AG Demografie behandelte Thema.

Zur Schaffung einer belastbaren Diskussionsgrundlage wurde das zuständige Fachreferat des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (MUV) durch die AG beauftragt, gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaften eine Zusammenstellung wesentlicher Handlungsfelder zu fertigen. Dies bewerkstelligte natürlich unser GdP-Experte Carsten Baum gemeinsam mit der im MUV zuständigen Referatsleitung in einer Sonderschicht. Dabei entstand ein „Zehn-Punkte-Plan“, mit dem nun alle Dienststellen in der Landesverwaltung in einem ersten Prozessschritt eine Bedarfsanalyse durchführen können.

Flankierend dazu wird ein Rahmenkonzept für das betriebliche Gesundheitsmanagement erstellt werden. Die zuständigen Personalvertretungen werden hierüber informiert und in die Lage versetzt, je nach Bedarf neue Dienstvereinbarungen auszuhandeln.

**Dies ist ein wichtiger Schritt zur Realisierung unserer stetigen Forderung „Verhandeln statt Verordnen!“ und zeigt einmal mehr die zentrale Bedeutung der Personalräte, präsent und kompetent!**

In diesen Themenkomplex gehören konkrete Maßnahmen und gewerkschaftliche Forderungen wie

- Schaffung eines **landeseigenen Kompetenzzentrums** und einer **Sozialberatungsstelle** mit Hilfs- und Betreuungsangeboten.
- Passgenaue Umsetzung der Einzelmaßnahmen des **Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM)** mit seinen drei Bausteinen
  - **Arbeits- und Gesundheitsschutz (AGS)** mit der Umsetzung aller Vorschriften nach Arbeitsschutzgesetz und Arbeitssicherheitsgesetz sowie darauf gestützter Verordnungen und Regelwerke,
  - **Betriebliche Wiedereingliederung (BEM)** von Beschäftigten mit gesundheitlichen Belastun-

gen und Beeinträchtigungen sowie Rückkehrgesprächen,

- **Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF)** durch Maßnahmen der aktiven Gesundheitsförderung einschließlich Bewegung und Ernährung.

Die GdP hat in diesem Zusammenhang nochmals ihre Forderung nach Ermöglichung spezieller **Vorsorgekuren für Schichtdienstleistende** erneuert und begründet, ebenso die Forderung nach einer **gesundheitsorientierten Schichtplangestaltung**, nach angemessenen Arbeitsmitteln und weiterer **ergonomischer Arbeitsplatzgestaltung**.

Auch unsere Positionen zu einer ausgeweiteten Beratung über **präventivmedizinische Maßnahmen** sowie zur Trennung zwischen der betriebsärztlichen und der personalärztlichen Betreuung haben Eingang gefunden.

Gleiches gilt für die vom DGB erfolgreich eingebrachte Forderung nach einem **jährlichen Gesundheitsbericht für den Landesdienst im Saarland** (wie ihn 2011 das Land NRW für die Polizei eingeführt und inzwischen auf seine gesamte Landesverwaltung ausgeweitet hat) mit umfassender Darstellung der Datenstruktur zur gesundheitlichen Situation der Beschäftigten und zusätzlichen Berichten für bestimmte Berufsgruppen (**typische Berufsbelastungen Polizei**, Lehrer, Feuerwehr, Justizvollzug, Straßenbau, Staatsforst). Die aufgenommenen Anregungen hinsichtlich **Fachtagungen „Demografie und Gesundheit im Landesdienst“** sowie die Ausweitung des **Fortbildungsangebots für Führungskräfte und Beschäftigte** zur nachhaltigen Stärkung der Gesundheitskompetenz runden das Eckpunktepapier ab.

Über die weiteren Inhalte berichtet unsere nächste GdP-Info!

Der Landesbezirksvorstand  
GdP – präsent und kompetent!

v.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken  
[www.gdp-saarland.de](http://www.gdp-saarland.de)